

Vorläufer Tagblatt

und Handels-Zeitung

Die neue Note der Entente.

Kaasmäßig wird jetzt, wie angekündigt, der volle Wortlaut der von Clemenceau im Namen des Völkerbundes der deutschen Regierung übermittelten Note vom 1. November veröffentlicht. Diese beginnt wie folgt: „Nachdem die Einleitung zu dem Vertrag von Versailles, an dem die Teilnahme des Ratifizierungsprotokolls teilnehmen zu wollen und nicht dazu bereit sind, die alliierten Mächte haben beschlossen, den Vertrag nicht in Kraft zu setzen, es sei die Ausführung der von Deutschland durch das Waffenstillstandsabkommen und die Zusatzverträge übernommenen Verpflichtungen, die nicht erfüllt sind, geregelt und bestimmt ist. Die deutsche Regierung wird daher gebeten, den zur Unterzeichnung des Protokolls über die Überlegung der Ratifizierung ermächtigten deutschen Vertreter unbedingte Vollmacht zu geben zur Unterzeichnung des Protokolls, dessen Wortlaut beiliegend, und welches ohne weiteren Aufschub diese Regierung vorliegt.“

bekanntgegeben wird. Sofern Deutschland diesen Verpflichtungen in den oben bezeichneten Fristen nicht nachkommen sollte, behalten sich die alliierten und assoziierten Mächte vor, alle militärischen und anderen Zwangsmaßnahmen zu ergreifen, die sie für angezeigt erachten.

Die Stellungnahme der Regierung zu der Entente wird, wie wir hören, morgen in einer Kabinettsitzung festgelegt werden. Es dürfte, schon infolge der Verfestigung, sehr schwer oder kaum möglich sein, bis zum 10. November, wie die Entente es wünscht, eine Delegation zur Ausrüstung des Ratifizierungsprotokolls und zur Unterzeichnung des zweiten Protokolls, das sich auf die angelegte noch unerfüllten Waffenstillstandsbedingungen bezieht, nach Paris zu senden. Was diese Waffenstillstandsbedingungen betrifft, so muß doch festgehalten werden, ob sie wirklich nicht ganz erfüllt wurden und aus welchen Gründen die Erfüllung bisher teilweise unterbleibt. Die Entente erklärt, es seien von 5000 Lokomotiven, die geliefert werden sollten, 42 noch nicht herausgegeben und von den 150 000 Waggonen seien noch 4460. Sie läßt aber unerwähnt, daß der Entente-Kommission 10 000 Lokomotiven und 270 000 Waggonen vorgeführt wurden, unter denen sie wählen konnte, und sie läßt ferner unerwähnt, daß die Franzosen noch 12 000 deutsche Waggonen im Besitz zurückhalten, auf die Deutschland Anspruch hat. Diese Tatsachen verändern doch das Bild sehr wesentlich, und die Gerechtigkeit würde doch zum mindesten erfordern, daß sie zunächst einmal erwähnt werden. Die landwirtschaftlichen Maschinen konnten in der verlangten Zahl nur deshalb nicht reiflos abgeliefert werden, weil sie zum großen Teil in neuergebaute Maschinen, und diese sind nicht herausgegebenen Falls, teilweise in neue fünf Schiffe, die in Holland verkauft wurden, und außerdem zwölf Frachtschiffe, die von Holland mit Sequester belegt worden sind. Es ist ganz selbstverständlich, daß die in Nordbrasilien und Belgien entwendeten Maschinen und Kunstwerke zurückgegeben werden müssen, und wir haben immer den Standpunkt vertreten, daß das auch ohne Zwang hätte erfolgen müssen und ein Ehrenpflicht sei, denn diese Ausplünderung der besetzten Gebiete hat den deutschen Namen befehlet. Es ist aber nicht zu verstehen, daß es heute nicht leicht ist, all das entwendete Gut zusammenzufinden, und in Wiesbaden gibt eine Kommission, die jede französische und belgische Reklamation entgegennimmt, dann die Auffindung der reklamierten Objekte veranlaßt und mit den Verfestigten eintrifft, in Wien der Regierungskontrollen nahe rät, noch, wie wenig diese Kreise mit der Mühe zu tun hatten. Der Artikel 23 des Friedensvertrages verpflichtet Deutschland, die Schiffe auszuliefern, und dieser Verpflichtung ist Deutschland nachgekommen, denn die Schiffe sind an England gegeben worden. Die Engländer hätten die deutsche Bemerkung internieren und durch englische Mannschaften erlesen können und hätten alle Mittel, um sich den Besitz der Flotte zu sichern. Das haben sie nicht getan, und sie fordern nun als Entschädigung nur fünf leichte Kreuzer, sondern auch fünf Docks, Arme und anderes Material, das nach der Erfüllung dieser Forderung Deutschland übergeben kann und noch eine Möglichkeit hätte, seine Handelsflotte und seinen Schiffsverkehr einigermassen wieder aufzubauen. Dieses Verlangen, das von England gestellt wird, kann nur den Zweck haben und hat nur den Zweck, jedes wirtschaftliche Wiederaufleben Deutschlands zu verhindern, und stellt im krassen Widerspruch zu allen Versicherungen, daß man die deutsche Wirtschaftskraft nicht vernichten wolle.

1. Die hohe interalliierte Kommission des Rheingebietes übermittelte die Note. (Wortlaut, Art. 2).
2. Die Militär-, See- und Luftfahrtskommissionen in London sind, übernehmen die Note. (Friedensvertrag, Art. 20).
3. Die Wiedererfüllungskommission übermittelte die Note. (Friedensvertrag, Art. 233 und Anlage II, § 5).
4. Übertragung der Oberhoheit im Falle eines Friedensvertrages. (Friedensvertrag, Art. 100).
5. Die Kommission des Rheingebietes über die Überlegung der Ratifizierung des Protokolls durch die alliierten und assoziierten Mächte in diesem Gebiet.
6. Die Kommission des Rheingebietes über die Überlegung der Ratifizierung des Protokolls durch die alliierten und assoziierten Mächte in diesem Gebiet.
7. Die Kommission des Rheingebietes über die Überlegung der Ratifizierung des Protokolls durch die alliierten und assoziierten Mächte in diesem Gebiet.
8. Die Kommission des Rheingebietes über die Überlegung der Ratifizierung des Protokolls durch die alliierten und assoziierten Mächte in diesem Gebiet.
9. Die Kommission des Rheingebietes über die Überlegung der Ratifizierung des Protokolls durch die alliierten und assoziierten Mächte in diesem Gebiet.

Die Entente erklärt, es seien von 5000 Lokomotiven, die geliefert werden sollten, 42 noch nicht herausgegeben und von den 150 000 Waggonen seien noch 4460. Sie läßt aber unerwähnt, daß der Entente-Kommission 10 000 Lokomotiven und 270 000 Waggonen vorgeführt wurden, unter denen sie wählen konnte, und sie läßt ferner unerwähnt, daß die Franzosen noch 12 000 deutsche Waggonen im Besitz zurückhalten, auf die Deutschland Anspruch hat. Diese Tatsachen verändern doch das Bild sehr wesentlich, und die Gerechtigkeit würde doch zum mindesten erfordern, daß sie zunächst einmal erwähnt werden. Die landwirtschaftlichen Maschinen konnten in der verlangten Zahl nur deshalb nicht reiflos abgeliefert werden, weil sie zum großen Teil in neuergebaute Maschinen, und diese sind nicht herausgegebenen Falls, teilweise in neue fünf Schiffe, die in Holland verkauft wurden, und außerdem zwölf Frachtschiffe, die von Holland mit Sequester belegt worden sind. Es ist ganz selbstverständlich, daß die in Nordbrasilien und Belgien entwendeten Maschinen und Kunstwerke zurückgegeben werden müssen, und wir haben immer den Standpunkt vertreten, daß das auch ohne Zwang hätte erfolgen müssen und ein Ehrenpflicht sei, denn diese Ausplünderung der besetzten Gebiete hat den deutschen Namen befehlet. Es ist aber nicht zu verstehen, daß es heute nicht leicht ist, all das entwendete Gut zusammenzufinden, und in Wiesbaden gibt eine Kommission, die jede französische und belgische Reklamation entgegennimmt, dann die Auffindung der reklamierten Objekte veranlaßt und mit den Verfestigten eintrifft, in Wien der Regierungskontrollen nahe rät, noch, wie wenig diese Kreise mit der Mühe zu tun hatten. Der Artikel 23 des Friedensvertrages verpflichtet Deutschland, die Schiffe auszuliefern, und dieser Verpflichtung ist Deutschland nachgekommen, denn die Schiffe sind an England gegeben worden. Die Engländer hätten die deutsche Bemerkung internieren und durch englische Mannschaften erlesen können und hätten alle Mittel, um sich den Besitz der Flotte zu sichern. Das haben sie nicht getan, und sie fordern nun als Entschädigung nur fünf leichte Kreuzer, sondern auch fünf Docks, Arme und anderes Material, das nach der Erfüllung dieser Forderung Deutschland übergeben kann und noch eine Möglichkeit hätte, seine Handelsflotte und seinen Schiffsverkehr einigermassen wieder aufzubauen. Dieses Verlangen, das von England gestellt wird, kann nur den Zweck haben und hat nur den Zweck, jedes wirtschaftliche Wiederaufleben Deutschlands zu verhindern, und stellt im krassen Widerspruch zu allen Versicherungen, daß man die deutsche Wirtschaftskraft nicht vernichten wolle.

Die Mehrheitssozialdemokratie gegen den Generalfreist.

„Abrechnung mit den Demagogen.“

Am heutigen Abend läuft das „Allgemein“, das die Generalversammlung der Berliner Metallarbeiter den Unternehmern gestellt hat, ab. Man weiß allerdings nicht recht, um welche Forderungen es sich dabei handelt, da die Metallindustriellen ein weitgehendes Entgegenkommen gezeigt haben. Die bisherigen Rechte der Arbeiter und Angestellten sind tatsächlich anerkannt worden, so daß der vorgeschriebene Grund für die Proklamierung des Generalfreist. beseitigt worden ist. Wenn trotzdem zum Generalfreist. aufgerufen werden sollte, so handelt es sich nicht mehr um einen wirtschaftlichen Kampf, sondern um eine politische Machtprobe. Die bereits im heutigen Morgenblatt erwähnte Verleumdung. Man erfuhr bei dieser Gelegenheit, daß bereits ein „Affionsaushub“ gebildet worden sei, der „alle Sentimentalitäten und Bedenken zurücklassen“ und „den Rahmen für die lebenswichtigen Betriebe nicht allzuweit ziehen“ werde. Der Kommunist Risch ludte den Affionsaushub überflüssigerweise noch scharf zu machen, indem er damit drohte, daß die Kommunisten sofort austreten würden, wenn irgendwelche sentimentalen Annahmen die jetzt ergriffenen Maßnahmen hemmen sollten.“ Gest es also nach dem Willen der radikalen Drahtzieher, dann wird der Generalfreist. von „sentimentalen“ Erwägungen nicht angefaßt sein.

Die Frage ist nur, ob sie imstande sein werden, ihren Willen durchzusetzen. Daß die Anhänger der Demokratie den Generalfreist. ablehnen, ergibt sich aus der ganzen Sachlage. Aber auch die Mehrheitssozialdemokratie denkt nicht an eine Beteiligung. Sie mußte dafür in der letzten Parteiverammlung die größten Demüri über sich ergehen lassen: „gelbe Hunde“ rief ein Verarmungsbedürftiger in den Saal. Eine Verleumdung der mehrheitssozialistischen Mitglieder des Metallarbeiterverbandes, die gestern im Lehrereisenhaus stattfand, sprach sich denn auch gegen den Generalfreist. aus. Schon daß der „Vorwärts“ seinem Bericht die Lebenskraft nicht, Abschaffung mit den Demagogen“, ist für die Stimmung auf dieser Seite charakteristisch. Auch wird das Wort gebraucht: „Hier wird der Generalfreist. zum Generalfreist.“ In laudischer Weise sagte der Gewerkschaftsführer Cohen das Nötige. Da die Unternehmern erklärt hätten, daß sie keine Abweigerungen, aber auch keine Bevorzugungen vornehmen wollten, so sei der Versuch, die Rechte der Arbeiter zu verfestigen, zum Scheitern gekommen, wenn noch etwas anderes dahinter steht. Es scheint, als ob man einen Generalfreist. unter allen Umständen wolle. Herr Cohen fügte dem hinzu: „Den Ruf einer aus Kommunisten und Unabhängigen bestehenden Kommission, die morgen vielleicht schon in alle Hände auseinanderfällt, folgt man nicht.“ Auch bei anderer Stelle wurde der Generalfreist. als ein „Aufsatz zur Revolution“ bezeichnet. Eine einstimmig angenommene Resolution führt zunächst aus, daß eine Aufforderung zum Generalfreist. nur von den für das erweiterte Streikgebiet in Frage kommenden Körperschaften erlassen werden könne. Jede andere Art der Aufforderung eines Generalfreist. ist die kommunistische und sozialistische Methode, die weder im Interesse der Arbeiter liegt, abgelehnt werden müsse.

Der Wortlaut der Entschließung ist folgender: „Die am 4. November 1919 gegebene Verleumdung der Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes, die auf dem Boden der S. P. D. stehen, erklären zum Ruf der Streiklösung des Metallarbeiterverbandes betreffend Generalfreist., daß dieser Ruf in keiner Weise den an solche wichtigen Rufnisse billigerweise zu stellenden Anforderungen entspricht. Ein Generalfreist. gibt in seinen Wirkungen weit über das Tätigkeitsgebiet einer einzelnen Streiklösung hinaus, und kann deshalb nur von den für das erweiterte Streikgebiet in Frage kommenden Körperschaften eine Aufforderung zum Generalfreist. ergeben. Will die Streiklösung des Streiks in der Metallindustrie einen Generalfreist. führen, dann kann das nur in der Weise geschehen, daß sie sich mit den für das Gebiet eines Generalfreist. in Frage kommenden Stellen der Arbeiterbewegung in Verbindung setzt, um mit diesen gemeinsam die notwendigen Maßnahmen zu beraten und zur Durchführung zu bringen. Wenn in dieser Weise vorgegangen wird, ist auch die Gewähr vorhanden, daß alle Maßnahmen nach genügendem Prüfung des für und Wider getroffen werden. Jede andere Art der Aufhebung eines Generalfreist. ist die kommunistische und sozialistische Methode, die weder im Interesse der Arbeiter liegt, ganz entschieden abgelehnt werden.“

Die Verleumdung des Metallarbeiterverbandes durch den Ruf der Streiklösung des Metallarbeiterverbandes muß seinen Ruf zum Generalfreist. als tatsächlich vorliegend betrachtet werden und ist es ab. Den Ruf der Streiklösung des Metallarbeiterverbandes, weil von unzulässiger Seite kommend zu befolgen. Die Solidarität der Metallarbeiter fallen nicht unter diese Befreiung, denn diese Streiks unterliegen selbstverständlich nur der Befreiung der Metallarbeiter.“

Da anzunehmen ist, daß sich auch die heutige Parteiverammlung der demokratischen und mehrheitssozialistischen Arbeiterparte auf diesem Standpunkt halten dürfte, so kann der von radikaler Seite propagierte Generalfreist. schon jetzt als gescheitert angesehen werden. Von den verfeindeten Seiten wird bereits erklärt, daß die große Mehrheit der Berliner Arbeiter nicht daran denkt, der Generalfreist. zu folgen.

Die Internationale Arbeiterkonferenz.

Der amerikanische Bergarbeiterstreik. — Die Erfolge der englischen Arbeiterpartei bei den Gemeindevahlen.

Washington, 4. November. (Havas.) Da von einigen Delegationen zum Regierungsvertreter entsandt, protestieren die Bergarbeiter der Arbeiterpartei und einen Vertreter der Arbeiterpartei. Die Konferenz hat beschlossen, eine Kommission zur Prüfung dieser Frage zu ernennen.

Amsterd., 4. November. (A. Z. W.) Laut „Telegraf“ melden die „Times“ aus Washington, daß die tägliche Steinkohlenerzeugung auf ein Drittel bis anfangen Viertel der normalen Erzeugung herabgesunken ist. In Westvirginia sind 15 Bergwerke in Betrieb. In Colorado hat eine Anzahl von organisierten Bergarbeitern die Arbeit wieder aufgenommen. In Dakota sind die Braunkohlenbergwerke in Betrieb. Laut „Telegraf“ hat die britische Arbeiterpartei die an die Spitze der Arbeit in den letzten 24 Stunden der letzten Wahl die Gemeinderatswahlen erzwungen.

Madrid, 4. November. (Reuter.) Ein Telegramm aus Quezema (Spanien) besagt, daß die Arbeiter in den Rio-Zinto-Bergwerken in den Aufstand getreten sind.

1. im Einverständnis mit den Vertretern der alliierten und assoziierten Mächte die Einleitungsbedingungen des gegenwärtigen Friedensvertrages und des Waffenstillstandsabkommens sowie die Übergabe der Besatzungen und Dienstleistungen, den Einzug der interalliierten Truppen, die Erklärung der besetzten Gebiete und die Überlegung der Ratifizierung des Protokolls, dessen Wortlaut beiliegend, und welches ohne weiteren Aufschub diese Regierung vorliegt.

2. im Einverständnis mit dem Generalfreist. des Oberbefehlshabers der alliierten und assoziierten Armeen die Voraussetzungen der interalliierten Truppen auslegen. Ausführender als die Note selbst ist das in angelegte „Protokoll“, in dem die nach Artikel der Entente nicht erfüllten Verpflichtungen der Waffenstillstandsbedingungen und der Strafbestimmungen aufgeführt werden. Aber beide Punkte haben wir bereits im heutigen Morgenblatt das notwendigste mitgeteilt. Der Wortlaut der neuen und als Strafe zu übernehmenden Verpflichtungen ist folgender:

1. A) Die Wiederentwaffnung für die Fortführung der deutschen Flotte in Europa abzuleiten.
- a) Innerhalb 60 Tagen nach Unterzeichnung des gegenwärtigen Protokolls und gemäß den in Artikel 195 Absatz 2 des Friedensvertrages vorgesehenen Bedingungen folgende fünf leichte Kreuzer „Königsberg“, „Pillau“, „Graudenz“, „Regensburg“ und „Strasbourg“.
- b) Innerhalb 90 Tagen nach Unterzeichnung des gegenwärtigen Protokolls in vollständigen und gebrauchsfähigen Zustand an sich zu nehmenden Docks, schwimmenden Kränen, Schleppern und Baggern eine solche Anzahl, die insgesamt 400 000 Tonnage ergibt, und die von den alliierten und assoziierten Mächten verlangt werden können. Bei den Docks wird die Gesamtzahl der Wasserverbindung gleich erklärt. Von den Docks müssen etwa 25 Prozent mehr als 10 000 Tonnage groß sein. Das gleiche Material muß an Ort und Stelle abgeliefert werden.
- c) Innerhalb 90 Tagen nach Unterzeichnung des gegenwärtigen Protokolls in vollständigen und gebrauchsfähigen Zustand an sich zu nehmenden Docks, schwimmenden Kränen, Schleppern und Baggern eine solche Anzahl, die insgesamt 400 000 Tonnage ergibt, und die von den alliierten und assoziierten Mächten verlangt werden können. Bei den Docks wird die Gesamtzahl der Wasserverbindung gleich erklärt. Von den Docks müssen etwa 25 Prozent mehr als 10 000 Tonnage groß sein. Das gleiche Material muß an Ort und Stelle abgeliefert werden.

3. Innerhalb 90 Tagen nach Unterzeichnung des gegenwärtigen Protokolls in vollständigen und gebrauchsfähigen Zustand an sich zu nehmenden Docks, schwimmenden Kränen, Schleppern und Baggern eine solche Anzahl, die insgesamt 400 000 Tonnage ergibt, und die von den alliierten und assoziierten Mächten verlangt werden können. Bei den Docks wird die Gesamtzahl der Wasserverbindung gleich erklärt. Von den Docks müssen etwa 25 Prozent mehr als 10 000 Tonnage groß sein. Das gleiche Material muß an Ort und Stelle abgeliefert werden.

Einigen Einflusses des Volkstums durch den Kaiser das Erforderliche zu veranlassen. Außerdem habe ich dem Kaiser eingehend Bericht gegeben über das Verhalten, was Graf Bernstorff mir berichtet hat. Der Kaiser war also vollständig unterrichtet. Vorläufig hat er mich nicht beauftragt, Amerika hatte mit Graf Bernstorff nicht und auch nicht zu machen. Infolgedessen lag auch keine politische Veranlassung vor, auf sofortigen Empfang zu drängen. Ich infolge anderer Aufträge aber auch wieder in Berlin, die Verhandlung hat verjüngt hat. Darüber vermag ich abschließende Auskunft nicht zu geben. Jedenfalls habe ich auch heute noch unter dem Eindruck, daß die Verschiebung des Empfanges auf den politischen Gang der Dinge keine Wirkung gehabt hat.

Dr. Cohn: Befinden Sie sich von der Unterredung mit dem Kaiser?
Dr. Bernstorff: Als ich im Mai vom Kaiser empfangen wurde, waren alle diese Fragen so vollkommen erledigt, daß ich keine Veranlassung mehr hatte, daran besonders zu drängen. Ich kam nicht daher zu entscheiden, daß bei dieser Unterredung irgend etwas gesagt wäre, was politische Bedeutung gehabt hätte.

Die Gründe für den unbeschränkten U-Boot-Krieg.

Vorherber der U-Boot-Krieg: Wir kommen nunmehr zu der wichtigsten Frage des momentanen Krieges, nämlich zu den Gründen, welche für die Nichtbeschränkung des U-Boot-Krieges waren. Ich habe dem Herrn v. Bethmann Hollweg die Denkschrift vom 29. Dezember 1916 vor, in der die wichtigsten Gründe gegen den unbeschränkten U-Boot-Krieg anführt. In ihr kommt die Verantwortlichkeit der Aufstellung mit der Marine, namentlich mit Admiral v. Holtzendorff und dem Staatssekretär v. Tirpitz zum Ausdruck. In der Denkschrift wird auch auf die gefährliche, in neutralen Häfen liegende deutsche Besatzung hingewiesen. Es wird ausgeführt, daß England durch den U-Boot-Krieg in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten würde, aber betritt, daß die Schwere der Kriegslast eine gewisse Wirkung haben könnten. Bei solchen Dispositionen über die verlässliche Weltlage, bei einer Einschränkung der U-Boot-Krieg, wenn England in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten würde, aber betritt, daß die Schwere der Kriegslast eine gewisse Wirkung haben könnten. Bei solchen Dispositionen über die verlässliche Weltlage, bei einer Einschränkung der U-Boot-Krieg, wenn England in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten würde, aber betritt, daß die Schwere der Kriegslast eine gewisse Wirkung haben könnten.

Drohender Streik der Straßenbahner.

Von der Direktion der Großen Berliner Straßenbahn erhalten wir:

Nachdem am gestrigen Tage die Arbeiter der Hauptwerkstatt der Großen Berliner Straßenbahn ohne Stellung irgendwelcher Forderungen in einem Sympathiestreik für die Metallarbeiter eingestiegen sind, ist schon in den gestrigen Abendstunden und besonders im Laufe des heutigen Vormittags von einer tabulalen Wiedereintritt hinter der in der Hauptwerkstatt der grobe Arbeitsausfluß fest, mit allem Mühen verhindert worden, der für die Berliner Bevölkerung lebenswichtigen Straßenbahnverkehr lahm zu legen. Es erschien heute nacht auf allen Bahnhöfen der Großen Berliner Straßenbahn folgende Aushänge:

Berlin, 4. November. Kollegen und Kolleginnen! Auf Grund des Anlasses der Direktion gegen den Arbeitsausfluß, der am Donnerstag eine Vollversammlung abgehalten hat, ist folgende Resolution angenommen worden: Die heute, am 4. Oktober, tagende Vollversammlung des gesamten Verkehrsweises nimmt mit Entschiedenheit Kenntnis von der heutzutage bestehenden Betätigung und Änderung der Einstellung des Arbeitsausflusses der Großen Berliner Straßenbahn von Seiten der Direktion. Sie verurteilt weiter, daß sich der Aufsichtsrat der Großen Berliner Straßenbahn in Betreff der Arbeiter die mit dieser Erklärung der Direktion, die sich nicht nur gegen den Arbeitsausfluß richtet, sondern auch ein Verbot enthält, die gesamte Verkehrsarbeit zu betreiben, erlassen. Sie fordert, daß die Vertreter der Arbeiterschaft, wenn die Erfordernisse erfüllt werden, aus dem Aufsichtsrat auszutreten haben. Die Besonderen erklären, daß sie ihrem Arbeitsausfluß volles Vertrauen haben. Sie haben es für selbstverständlich gehalten, daß die Arbeitsausflüsse der Verkehrsbetriebe bei allen wichtigen Aktionen, wie die Wahlen zu Kongressen, einzutreten, um die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Berlin, Schöneberg.

Der Zweck dieses Aushanges — schreibt die Direktion weiter — ist nur zu durchsichtig. Die Veranlassung, in der die vorstehende Entschließung gefaßt ist, hat bereits am Donnerstag, 30. Oktober, stattgefunden. Wenn also diese Entschließung erst heute zum Ausdruck gebracht worden ist, so geht daraus deutlich hervor, daß sie dem Zweck dienlich ist, die Besonderen zu dem Streik zu verleiten, der nicht gewollt ist, sich zu einem Sympathiestreik für die Metallarbeiter hinrichten zu lassen, gegen die Arbeitsbetätigung aufzugeben. Dieses Vorgehen ist umso verwerflicher, als die Entschließung die Tatsachen tendenziös entstellen. Die Direktion hat sich lediglich mit allem Nachdruck dagegen gewandt, daß Streiks bei der Straßenbahn unternommen werden, bevor nicht die Arbeitsbetätigung der Arbeiterschaft durch geheime Abstimmung erfolgt worden ist. Die Veranlassung dieses Streikbündnisses ist nicht nur von allen Behörden und der Bevölkerung, sondern auch von dem Mann des Arbeitsausflusses der Hauptwerkstatt ausdrücklich anerkannt worden. Während in einer ganz ungenügenden Weise, selbst in der Metallindustrie, die Arbeiterschaft sich an den Tag legt und sich nicht in die Streikbewegung hineinläßt, jedoch es den Straßenbahner, die, auch soweit die Hauptwerkstatt

Gewerkschaft in Betracht kommt, durch den Metallarbeiterstreik nicht im geringsten berührt werden, vorzuziehen bleiben zu sollen, auf jeder Streikbewegung teilzunehmen. Es haben bereits heute vornehmlich Betriebsversammlungen stattgefunden, in denen von den Ausschüßmitgliedern und Vertrauensleuten der Streik gepredigt worden ist. Auf sämtlichen Bahnhöfen finden im Laufe des Nachmittags und in den frühen Abendstunden weitere Versammlungen statt, die den Zweck haben sollen, das Personal streiktauglich zu machen, und den Streik am morgigen Donnerstag lahm zu legen. Gegen einen solchen Streik wird und muß sich die gesamte Berliner Bevölkerung einschließlich der Arbeiterschaft mit elementarer Entschiedenheit wehren.

Die veränderte Bahnstöße. Jahresgelegenheit für „Totreisende“.

Die Sperrung des gesamten Personenverkehrs im Reich ist heute erst in ihrer vollen Wirkung zu überblicken. Die Fernbahnhöfe sind verfallen, und nur der Vorortverkehr bringt ein wenig Leben in die Hallen. Die Öffnung in der Bevölkerung, daß vielleicht ab und zu ein bescheidenes Jahresgelegenheit eingeschoben werden, daß sich als jährlich freigelegt erweisen. Selbst der einzige Fernzug, der am 2. März den Potsdamer Bahnhof in der Richtung Magdeburg verläßt, befährt nur Fahrgäste mit Arbeiter- oder Dienstreisen. Obwohl auf allen Bahnhöfen große Plakate angebracht sind, die die Einstellung des Verkehrs mitteilen, finden doch zahlreiche Passagiere nach Jahresgelegenheit statt. Namentlich handelt es sich um sogenannte Durchreisende. Im Hinblick darauf, daß viele Personen, glänzlich unerschuldet in die Sperrung geraten sind, werden bei der Eisenbahndirektion Beratungen gepflogen, um für diese „Totreisenden“ einige Güterzüge freizugeben. Diese Güterzüge in Frage kommen, wird noch bestimmt werden. Günstig am Werk sind die Privatunternehmer, die einen Ersatz für den fehlenden Bahnverkehr schaffen wollen. Wie bereits berichtet, hat die Westdeutsche Mobilität ihre Dampfer zu diesem Zweck in den Dienst gestellt; einige Automobilen werden eingerichtet, und eine Anzahl von Flugzeugen steht bereit, um Personen und Post in Sonderfällen zu befördern.

Im nächsten Ministerium des Innern hat, einem Personal-Telegramm aus Dresden zufolge, gestern eine Besprechung statt, die sich mit der Frage der Errichtung von neuen Aufschüßlinien befaßt. Danach wird der künftigen Aufschüßlinie die Genehmigung erteilt werden, einen Aufschüßverkehr zwischen Dresden—Görlitz und Freiberg anrechtzuerheben. Weitere Linien sind ebenfalls zwischen Dresden—Görlitz mit dem Anschluß nach Leipzig und zwischen Dresden—Görlitz mit dem Anschluß nach Weisau diese in den nächsten Tagen von der Eisenbahndirektion Dresden erteilt werden.

Entlang anderen Bahnhöfen ist die Einstellung des Personenverkehrs im besetzten Gebiet des Eisenbahnbezirks Mainz bisher nicht genehmigt. Der Verkehr ist zunächst ununterbrochen.

Rückzug der Engländer aus Liban.

Amalows Dornmark. — Finnlands Abzüge.
(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Amalows Dornmark, 5. November.
„Memel Dampfboot“ erfährt von Rückzügen, die in Amal Liban angesetzt und bereits Grobin und Vengera besetzt haben. Amal wird gemeldet, daß die Engländer Anstalten zur Räumung Libans treffen, und daß der beschlagnahmte deutsche Dampfer „Polissia“ im Amalener Hafen ständig unter Dampf liegt, um gegebenenfalls die jegliche leitendste Regierung aufzunehmen und nach England überzuführen.

In Amal erschienen heute 2. November zwei neue Tageszeitungen, eine deutsche unter dem Namen „Die Trommel“, hauptsächlich für die deutschen Freiwilligen der westfälischen Armee, und eine russische namens „Sapozhnik“ („Weggeleit“), vorwiegend für die russischen Soldaten derselben Armee. Die „Trommel“ wird von dem früheren Redakteur der „Altkaukasus Zeitung“, Hans Dohmann, redigiert und erscheint in den alten deutschen Stellenhagen-Verlag der „Altkaukasus Zeitung“, die in „Trommel“ aufgegeben ist. „Sapozhnik“ erscheint unter dem Motto: „Für eine Niedergerüst Großrusslands“.

h. Stockholm, 5. November.
Das finnische Regierungsgesamt „Seltinjan“ (amoral) teilt mit, daß die finnische Regierung bereits am Sonntag auf das Ersuchen der nordwestfälischen Regierung wegen einer gemeinsamen militärischen Aktion zur Befreiung von Petersburg geantwortet hat. Die Antwort sei negativ ausgefallen. Die Regierung habe das Ersuchen nicht billigen können, weil gewisse Voraussetzungen für eine Intervention Finnlands fehlen. — Jedenfalls hat auf der ganzen Petersburger Front nur Mißerfolge.

Clemenceaus Rede in Straßburg.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Am 5. November.
In seiner Rede in Straßburg schloß Clemenceau unter anderem aus: „Meine Herren! Nicht ein Kandidat steht vor Ihnen, sondern das Haupt der Regierung, die zur Aufgabe gehabt hat, den Krieg zum Sieg fortzuführen und den Frieden zu stiften. Es ist ein Mann, dem die höchste Verantwortung aufgebürdet wurde und der jetzt verfallen wird, dem französischen Volke den wichtigsten Weg zu weisen, ein Beispiel, der sein Land in der entscheidenden Stunde zu führen. In der Geschichtsbücher ein wichtiger Anteil gehabt hat, zu führen. Endlich ist das Werk vollendet und das einst von Frankreich lobgepriesene Gisch-Lothringen wiedergeboren.“ Clemenceau gab dann eine Schilderung der Tätigkeit der Friedenskonferenz. Er innerte daran, wie die Konferenz auf ihrer Suche nach dem Rechte Schritte zur Befreiung der Weltmündigkeit und zur Erfüllung einer internationalen Arbeiterschaft gegangen habe. Sie habe verweigert, daß nationalen Arbeiterschaft gegeben habe. Sie habe verweigert, daß sie zu erreichen, und daß wieder bei ihr immer zur Ehre geworden. Die Konferenz werde legen, daß sie Arbeit beendet hat, die eine ruhmvollere Seite in der Geschichte des Volkes bilden werde. Clemenceau erklärte weiter, daß der Frankreich zugefallene Gisch-Lothringen nur klein sei. Die Besprechungen über diesen Punkt seien aber noch nicht beendet, und es werde eine weitere Besprechung der Alliierten, werden Frankreich an einem Teilung der Alliierten, werden Frankreich an einem Teilung und ihre Regierungsform. Das Schicksal der Regierung ruhe in den Händen des Volkes. Die Fortschritte der Demokratie mit allen politischen und sozialen Konsequenzen seien jetzt zu vollendeten Taten geworden. Dann behandelte Clemenceau die Einigkeit des französischen Volkes.

Die Antizipation des Friedensvertrags und der amerikanische Senat.

Washington, 4. November. (Gosau.)

Die Regierung arbeitet den Entwurf eines Beschlusses aus, der dem Senat die Antizipation des Friedensvertrags zur Ratifizierung des Friedensvertrags zu überlassen.

Der Senat hat ohne Debatte mit 46 gegen 45 Stimmen den Antrag Lodge auf Erreichung der Bestimmung bezüglich Antizipation im Friedensvertrag abgelehnt.

Paris, 4. November. (Kreuzer.)
Der Oberste Rat setzte die Niederlage davon in Kenntnis, daß er seinen Willen, die nach dem Ausbruch des Krieges gefaßten deutschen Schiffe nicht als holländisches Eigentum anzuerkennen, festhält.

Die Pariser Antizipation der Regierung hat den deutschen Handelsvertretern freien Verkehr in britischen Häfen zugelassen und ihre Behörden entsprechend angemessen.

Cord Barmour über die Ablieferung der Milchläse.

Amsterdam, 5. November. (Z. I.)

In einem Briefe an den „Daily Telegraph“ schreibt Lord Barmour, der Vorsitzende des Rates zur Aufhebung der Hungersnot: „Meine Aufmerksamkeit ist durch den Bericht, daß die Deutschen noch Bomben kommen, um sich gegen die Ablieferung von Milchläsen durch Deutschland zu wehren, aufs höchste erregt worden. Die Quelle dieser vollkommen grundlosen Berichte scheint zu sein, daß einige ausländische Wirtschaftler von Male eingeladen worden sind, um an einer internationalen Debatte über die Wirtschaftslage Europas teilzunehmen. Die Frage der Milchläse ist niemals berührt worden, weder in der Einladung noch in dem Programm der Konferenz.“

Die Zeichnungsfrist der Sparprämienanleihe.

Auf Grund des Gesetzes der verfassunggebenden Nationalversammlung vom 29. August 1914 und mit Zustimmung des Reichsausschusses der Nationalversammlung ist der Zeichnungsfrist für die Sparprämienanleihe im Betrage von 8 Milliarden Mark aufzulösen. Der Reichsfinanzminister hat dementsprechend angeordnet, daß die Anleihe von Montag, den 10. bis Mittwoch, den 26. November, Mittags 1 Uhr, aufgelegt wird, und daß Zeichnungen durch Vermittlung jeder Kant, jedes Bankiers, jeder Sparkasse und jeder Kreditgenossenschaft erfolgen.

Die Anleihe des „Berliner Tageblattes“ an die aus- und wärtigen Konsumenten wird in den Tagen der Veröffentlichung der Nationalversammlung nur unregelmäßig über verfallen erfolgen. Die Postverwaltung hat zwar versprochen, sich zu bemühen, die Zeitungen in Güterzügen zu versenden, aber eine Garantie für eine rechtzeitige Zustellung der Zeitungen durch die Post in dieser Zeit vermag sie nicht zu übernehmen. Wir bitten daher unsere Konsumenten außerhalb Groß-Berlins, etwaige Bezugsverträge während der Zeit der Verkehrsperre entschuldigend zu werten. Es wird von uns alles getan werden, um die Sicherungen in der Zeichnungsstellung auf ein Mindestmaß zu beschränken. Leider werden aber voraussichtlich auch die Konsumenten der nächsten Umgebung Berlins, soweit sie nicht vom eigentlichen Vorortverkehr erreicht werden, von diesen Verkehrsstörungen beim Bezug des „Berliner Tageblattes“ in Mitleidenschaft gezogen werden. Aber auch hier hoffen wir durch besondere Maßnahmen, die wir getroffen haben, Bezugsverträgen vermitteln zu können, soweit dies irgend möglich ist.

Die deutsche demokratische Partei in Straßburg.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Am 5. November.
Die deutsche demokratische Partei in Straßburg hält am Freitag, 7. November, abends 8 1/2 Uhr, in der Reichshalle (Münsterstraße) eine große öffentliche Versammlung ab. Schriftführer Willhelm Heide, Mitglied der Nationalversammlung, wird ein Vortrag über das Thema: „Frieden und der Einheitsstaat“ halten.

Die Fragen nehmen kein Ende. Professor Schilling fragt, ob der Kaiser vor Beginn des U-Boot-Krieges mehr den Ehrenplätzen vertrieben habe oder auch technischen Neuerungen zugunsten gewesen sei. In diesen letzten Fälle dürfte er die mehrschichtigen Folgen nicht leichtfertig übersehen. Dr. Cohn will wissen, ob die Oberste Beauftragte nicht schon im Dezember 1914 den Krieg für verloren hielt.

Rausch, der während der letzten Stunden gekommen ist und sich an einen Briefsteller gefaßt hat, beugt lausend den Kopf vorwärts, aber es folgt keine deutsche Antwort. Lieber technische und militärische Fragen haben Oberste Beauftragte und Admiralität miteinander verhandelt; sie müssen Auskunft geben.

Endlich um 11 Uhr bringt der Vorstehende Dr. Warmuth die Vernehmung wieder auf das Gebiet der Tatsachen. Warum konnte der U-Boot-Krieg nicht mehr verhindert werden? Hierüber soll Admiral A. K. ausfallen. Er kommt erst morgen zu Wort.

Die deutsche demokratische Partei in Straßburg hält am Freitag, 7. November, abends 8 1/2 Uhr, in der Reichshalle (Münsterstraße) eine große öffentliche Versammlung ab. Schriftführer Willhelm Heide, Mitglied der Nationalversammlung, wird ein Vortrag über das Thema: „Frieden und der Einheitsstaat“ halten.

Die deutsche demokratische Partei in Straßburg hält am Freitag, 7. November, abends 8 1/2 Uhr, in der Reichshalle (Münsterstraße) eine große öffentliche Versammlung ab. Schriftführer Willhelm Heide, Mitglied der Nationalversammlung, wird ein Vortrag über das Thema: „Frieden und der Einheitsstaat“ halten.

Die deutsche demokratische Partei in Straßburg hält am Freitag, 7. November, abends 8 1/2 Uhr, in der Reichshalle (Münsterstraße) eine große öffentliche Versammlung ab. Schriftführer Willhelm Heide, Mitglied der Nationalversammlung, wird ein Vortrag über das Thema: „Frieden und der Einheitsstaat“ halten.

Für Großhändler.
Kann man in anderen Städten liefern?
Cognac-Weinbrand 40° per 100 Liter 32,-
Cognac-Weinbrand 50° per 100 Liter 38,-
Cognac-Weinbrand 60° per 100 Liter 45,-
1018er Weinbrand 40° per 100 Liter 32,-
1018er Weinbrand 50° per 100 Liter 38,-
1018er Weinbrand 60° per 100 Liter 45,-
J. Willenborg,
Cognac-Weinbrand 40° per 100 Liter 32,-
Cognac-Weinbrand 50° per 100 Liter 38,-
Cognac-Weinbrand 60° per 100 Liter 45,-

Getrocknete Steinpilze
Uersch. Pilzmehle
hat durchwiesener Abnehmer:
Silberstein, Berlin W. 35,
am Rathaus 6

Sekte,
eine bekannte Marke, in großen Mengen abgesetzt.
Weinkellereien Kirstein & Co.
Berlin W. 35, Schlegelstr. 6.
Telegraphen-Adresse: Kirstein.
Fernsprechnummer: 1021 und 1022.

Ca. 4-5000 Flaschen
Cognac-Weinbrand,
besetzt ab Lager Berlin liefert, offeriert zu 32,-
per 100 Liter

H. A. Haacker, Güstrow.
Telegraphen-Adresse: Haackerhandl.
G. m. b. H.

1000 Flaschen Cognac,
besetzt ab Lager Berlin liefert, offeriert zu 32,-
per 100 Liter

Waren
in allen Größen ab Lager Berlin liefert, offeriert zu 32,-
per 100 Liter

FANGMANN & AUFFARTH,
Warenhandlung, am Rathaus 10.
Zigaretten-Handel,
ausländische Zigaretten, ab Lager Berlin liefert, offeriert zu 32,-
per 100 Liter

Zigaretten-Verband
in allen Größen ab Lager Berlin liefert, offeriert zu 32,-
per 100 Liter

Rohlfis, Brüning & Co.
Bremen.
Fernspr. Roland 7797.

Große Rollen Tabakwaren
in allen Größen ab Lager Berlin liefert, offeriert zu 32,-
per 100 Liter

Arbeiter-Wanderbeschränkte
Papierwaren, ca. 2500 Stk.,
ab Lager Berlin liefert, offeriert zu 32,-
per 100 Liter

Bleituben
großere Mengen, No. 7 und 10 prompt lieferbar.
Anfragen mit Neuanfrage erbeten.
Carl Löwe, Hamburg,
Glinsermarkt 25.

Export.
Zahnräder und Bänder,
große Auswahl, prompt lieferbar.

Severin-Druckstoffe,
in allen Größen ab Lager Berlin liefert, offeriert zu 32,-
per 100 Liter

Kernleder-Druckriemen,
Kamelleder-Druckriemen,
in allen Größen ab Lager Berlin liefert, offeriert zu 32,-
per 100 Liter

Nippsachen
in allen Größen ab Lager Berlin liefert, offeriert zu 32,-
per 100 Liter

Lebensmittel
besetzt ab Lager Berlin liefert, offeriert zu 32,-
per 100 Liter

Carl Kesselschläger Jr.,
Nur für Wiederverkäufer!
Cognac-Verschnitt,
besetzt ab Lager Berlin liefert, offeriert zu 32,-
per 100 Liter

Feigen,
besetzt ab Lager Berlin liefert, offeriert zu 32,-
per 100 Liter

Wafflinge,
besetzt ab Lager Berlin liefert, offeriert zu 32,-
per 100 Liter

Zucker-Punsch,
besetzt ab Lager Berlin liefert, offeriert zu 32,-
per 100 Liter

Bordeaux-Weißwein
besetzt ab Lager Berlin liefert, offeriert zu 32,-
per 100 Liter

dom. Waflagente
besetzt ab Lager Berlin liefert, offeriert zu 32,-
per 100 Liter

Chokoladenfabrik
besetzt ab Lager Berlin liefert, offeriert zu 32,-
per 100 Liter

Sauerkraut
besetzt ab Lager Berlin liefert, offeriert zu 32,-
per 100 Liter

Gold-Platen,
Original-Platen,
besetzt ab Lager Berlin liefert, offeriert zu 32,-
per 100 Liter

Original-Platen,
besetzt ab Lager Berlin liefert, offeriert zu 32,-
per 100 Liter

Original-Platen,
besetzt ab Lager Berlin liefert, offeriert zu 32,-
per 100 Liter

Original-Platen,
besetzt ab Lager Berlin liefert, offeriert zu 32,-
per 100 Liter

Original-Platen,
besetzt ab Lager Berlin liefert, offeriert zu 32,-
per 100 Liter

Original-Platen,
besetzt ab Lager Berlin liefert, offeriert zu 32,-
per 100 Liter

Original-Platen,
besetzt ab Lager Berlin liefert, offeriert zu 32,-
per 100 Liter

Original-Platen,
besetzt ab Lager Berlin liefert, offeriert zu 32,-
per 100 Liter

Original-Platen,
besetzt ab Lager Berlin liefert, offeriert zu 32,-
per 100 Liter

Textilwaren.
besetzt ab Lager Berlin liefert, offeriert zu 32,-
per 100 Liter

Textilwaren.
besetzt ab Lager Berlin liefert, offeriert zu 32,-
per 100 Liter

Textilwaren.
besetzt ab Lager Berlin liefert, offeriert zu 32,-
per 100 Liter

Textilwaren.
besetzt ab Lager Berlin liefert, offeriert zu 32,-
per 100 Liter

Textilwaren.
besetzt ab Lager Berlin liefert, offeriert zu 32,-
per 100 Liter

Textilwaren.
besetzt ab Lager Berlin liefert, offeriert zu 32,-
per 100 Liter

Textilwaren.
besetzt ab Lager Berlin liefert, offeriert zu 32,-
per 100 Liter

Textilwaren.
besetzt ab Lager Berlin liefert, offeriert zu 32,-
per 100 Liter

Textilwaren.
besetzt ab Lager Berlin liefert, offeriert zu 32,-
per 100 Liter

Textilwaren.
besetzt ab Lager Berlin liefert, offeriert zu 32,-
per 100 Liter

Textilwaren.
besetzt ab Lager Berlin liefert, offeriert zu 32,-
per 100 Liter

Textilwaren.
besetzt ab Lager Berlin liefert, offeriert zu 32,-
per 100 Liter

Textilwaren.
besetzt ab Lager Berlin liefert, offeriert zu 32,-
per 100 Liter

Textilwaren.
besetzt ab Lager Berlin liefert, offeriert zu 32,-
per 100 Liter

Textilwaren.
besetzt ab Lager Berlin liefert, offeriert zu 32,-
per 100 Liter

Textilwaren.
besetzt ab Lager Berlin liefert, offeriert zu 32,-
per 100 Liter

Textilwaren.
besetzt ab Lager Berlin liefert, offeriert zu 32,-
per 100 Liter

Textilwaren.
besetzt ab Lager Berlin liefert, offeriert zu 32,-
per 100 Liter

Alten voran sind
Aluminium-Guss-Geschirre
Marke „Aluma“
der Metall-Industrie G. m. b. H., Ravensburg
Zum Braten, Backen und Kochen.
Das schone, leichte und dauerhafteste Geschirre
Unzerbrechlich - Unverwundlich
50-70% Bronzemetall-Preparat. Leichter, eleganter für jede Küche. So haben in allen Küchenarten und einschlagigen Haushalten, Gaststätten, Restaurationen, die besten Aluminium-Geschirre, welche sich an die Generalvertretung, Wexi-Waren-Ex-u-Import, Dresden-A. 1, Westpurgstr. 15, Telefon 1493, Auf der internationalen Messe in Frankfurt-M.

Eiserne T-Träger
bestehen aus Eiserne Träger 1. Bm.
4. Größe 1160 mm.
für 100 kg - per 100 kg - Anfragen an Pa. Caspar, Letzke & Co., München, Süd-Grub, Dombellstr. 10, München.

Wegen Verlegung d. Betriebes abzugeben:
3 Gabelschneidmesser, 270 Stk., 5 G. 12 Stk.
Gabelschneidmesser, 270 Stk., 5 G. 12 Stk.
Gabelschneidmesser, 270 Stk., 5 G. 12 Stk.
Werkzeugmaschinenfabrik, Berlin, am Rathaus 10.

Für Export mit Ausfuhrerlaubnis
3 neue 2000 Liter, 50 mm hoch mit allen Zubehör, keine dazu gehörigen Ersatzteile, Rollen und Rollenbahnen.
Richard Giese, Potsdam, Brandenburgerstr. 12.

Emaillewaren!
ca. 60 000 Kilo, Kochtöpfe, Kasserollen, Deckel, Kaffeemaschinen, Eimer, Schüsseln, Essentgeräte, Durchschläge usw.
Die Ware befindet sich in allen Größen, braun, blau, weiß, grün, rot, gelb, schwarz, etc.
Richard Giese, Potsdam, Brandenburgerstr. 12.

Zentrifuge,
Neusilberblech
in allen Größen ab Lager Berlin liefert, offeriert zu 32,-
per 100 Liter

Emil Aug. Quinke,
Bismarckstr. 61, Berlin 68.

Stah- und Gärte-Ofen,
besetzt ab Lager Berlin liefert, offeriert zu 32,-
per 100 Liter

Materialverkauf,
besetzt ab Lager Berlin liefert, offeriert zu 32,-
per 100 Liter

Materialverkauf,
besetzt ab Lager Berlin liefert, offeriert zu 32,-
per 100 Liter